

Eidgenössische Politik
Schutzstatus S: Schweiz als Dauerprovisorium von Reinhard Wegelin
Seite 2

Kanton Zürich
Wohnungsnot: Endlich Ursachen anerkennen von Andreas Keiser
Seite 3

Aktuell
Meh Stutz für die Zürcher Steuerzahler von Domenik Ledergerber
Seite 4

Parlamentsgemeinden
Kinder schützen statt Gender-Experimente von Kevin Husi-Fiechter
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Politprominenz an der Volketswiler VOGA
Seite 4

ABSTIMMUNG VOM 30. NOVEMBER 2025

NEIN zur Prämienverbilligung für reiche Sozis

Nach den Herbstferien kümmern sich Herr und Frau Zürcher um die Planungen des letzten Quartals und in dieser Zeit steht die Krankenversicherung im Mittelpunkt. Denn alljährlich, im Oktober und November, ist der Prämienanstieg für das nächste Jahr bekannt und der Wechsel zu einer günstigeren Krankenkasse sollte geprüft werden.

Dabei drängt sich der Prämienrechner der Sozialversicherungsanstalt (SVA) auf, um die Gegebenheiten für eine Prämienvergünstigung zu klären. Denn die individuelle Prämienverbilligung (IPV) muss jährlich neu beantragt werden.

Prämienrechner: IPV-Anspruch prüfen

Natürlich sind die Sorgen der drückenden Prämienlast auch gerne und oft Inhalt der politischen Diskussion. Doch bei der Lösung des Problems der steigenden Krankenkassenprämien liegen Meinungen, Ideen und Vorschläge weit auseinander... Immer wieder und jährlich wiederkehrend wollen Linke und Grüne ihr Generalrezept anwenden. Will heißen: Lösung verstaatlichen und das Ganze mit dem Geld «der Reichen» zudecken. Diese Ansätze waren in der Vergangenheit allesamt zum Scheitern verurteilt.

Geldverschwendungen mit der Giesskanne

2011 lehnten die Stimmberchtigten die kantonale Volksinitiative «Prämien-

verbilligung jetzt!», die einen Kantonsbeitrag von 115% forderte, ab. Zehn Jahre später lehnten sie die kantonale Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle», die einen durchschnittlichen Kantonsbeitrag von 100% (Vierjahresdurchschnitt) vorsah, ebenfalls ab.

2024 wurde die eidgenössische Volksinitiative «Prämien-Entlastungs-Initiative», die für den Kanton Zürich laut Schätzungen zu jährlichen Mehrkosten von über 300 Millionen Franken geführt hätte, mit einem Zürcher Nein-Stimmenanteil von über 60% abgelehnt. Der indirekte Gegenvorschlag der eidgenössischen Räte zu letzterer Volksinitiative wurde aber gutgeheissen und die Kantone somit verpflichtet, einen Mindestbeitrag für die IPV bereitzustellen. Diese Änderung tritt voraussichtlich 2026 in Kraft.

System wird per 2028 angepasst

Am 30. November 2025 wird den Stimmberchtigten im Kanton Zürich ein aufgewärmter Versuch zur Erhöhung des Kantonsbeitrags auf 100% der IPV unterbreitet. Ein weiteres Unterfangen des Kantonsrates, welches zur Unzeit auf dem Tisch liegt und jährlich rund 50 Millionen Franken Mehrkosten verursachen würde... Warum zur Unzeit? Weil diese Erhöhung wegen des vorgenannten Gegenvorschlags nur für die Jahre bis 2028 «Wirkung» erzielen würde. Zudem erzielt diese IPV-Erhö-

hung nicht die gewünschte Wirkung – bedarfsgerechte Entlastung von tiefen und mittleren Einkommen – sondern kommt vor allem den «Gutverdienern», die wirklich keine Entlastung brauchen, zugute.

Gutverdiener werden beschenkt

Böse Zungen behaupten, die Damen und Herren der linken Hälfte des Kantonsrats hätten sich selbst die Prämien verbilligt. Grundsätzlich hat diese geplante Beitragserhöhung aber genau diesen Effekt. Gutverdiener, die mit ihrem Steuersubstrat die IPV finanzieren, könnten plötzlich und kurzzeitig auch Prämienverbilligungen erwirken. Zu den Menschen in bescheidenen Verhältnissen würden plötzlich auch steuerbare Einkommen über 120 000 Franken gehören, bei Familien mit Kindern bis weit über 150 000 Franken. Die tiefen Einkommen hingegen würden «stehen» bleiben und nur eine geringfügige Entlastung erfahren.

Prämienverbilligung auch in Zukunft bedarfsgerecht ausschütten

Grundsätzlich wird die Prämienverbilligung bedarfsgerecht ausgeschüttet und dazu gehören drei wichtige Berechnungsparameter:

a) die Referenzprämie (korrekt: regionale Referenzprämie, es bestehen drei Prämienregionen im Kanton Zürich);

Mit der IPV-Vorlage wird nicht mehr Geld verteilt – es wandert lediglich vermehrt in die Taschen der «Cüpli»-Sozis.

Bild: zVg

- b) der Eigenanteil, welcher von jeder Bezüger-Gruppe gestemmt werden muss; und
c) die Bezüger-Quote (der IPV), welche als Vorgabe für den kantonalen Prämienverbilligungsbeitrag gilt.

Eine kantonale Giesskanne für städtische Sozis!

Zuerst der einfachste Teil: Die gesetzlichen Regelungen, wer überhaupt anspruchsberechtigt ist, ändern sich nicht. Somit wird das eingeschossene Geld einfach anders verteilt. Die regionale Referenzprämie ändert sich auch mit grösserem kantonalem Finanzierungsbeitrag nicht. Auch der Eigenanteil wird nicht angetastet und somit ist klar, dass die Bezüger-Quote erhöht wird. Jetzt zeigt sich: Nicht die Bedürftigen bekommen mehr, nein, der grössere Beitrag kommt einfach mehr Leuten zugeteilt...

Somit liegt es auf der Hand: Das sozialistische Mittel, einfach mehr Geld zu verteilen, kommt bei den bedürftigen Bevölkerungsschichten gar nicht an.

Dafür beschenken sich die «Cüpli»-Sozialisten gleich selbst... und setzen in der Stadt Zürich noch eins «obendrauf».

Die Stimmberchtigten der Stadt Zürich können nämlich zusätzlich noch über eine weitere städtische Entlastung abstimmen. Die rotgrüne Mehrheit beschenkt sich also gleich selbst, in der Stadt Zürich gleich noch doppelt! Natürlich auf Kosten der Steuerzahrenden, also des Mittelstandes. Wie dekadent ist also der Slogan «den Mittelstand entlasten», wenn dieser gleichzeitig immer mehr zur Kasse gebeten wird.

Fallen Sie also nicht auf diesen Trick herein und stimmen Sie NEIN am 30. November 2025 – NEIN zur Änderung des EG KVG und zur Erhöhung des kantonalen Anteils an der individuellen Prämienverbilligung!

Prüfen Sie Ihren
IPV-Anspruch mit
dem Prämienrechner:



Kein flächen-deckendes Tempo 30
am 30. November
JA zur Mobilität für alle

Regierungsrat und Kantonsrat sagen JA!
ja-mobilitaet.ch

Geniessen Sie mit uns eine Schifffahrt auf dem Zürichsee!

Wann: Mittwoch, 22. Oktober 2025, 14-17 Uhr

Was: Informationen zu den Abstimmungen vom 30.11.25

mit Nationalrat Mauro Tuena: Mobilitätsinitiative und Sicherheitspolitik
und Nationalrat Bruno Walliser: Volksinitiative Service Citoyen und Sicherheitspolitik

Verpflegung: Kaffee und Kuchen

Boarding: 13:45 Uhr

Wo: Zürich Bürkliplatz, MS Etzel, Bootssteg 6

Anmeldung: sekretariat@svp-zuerich.ch
oder Tel. 044 217 77 66

Alles offeriert!

Die Platzzahl ist beschränkt! Melden Sie sich noch heute an!
Auch Nicht-SVP-Mitglieder sind willkommen!
SVP Kanton Zürich





Christoph
Mörgeli

«Jetzt kommen die Frauen»

Der «Sonntagsblick» berichtete: «Knorz mit Amerika. Jetzt kommen die Frauen.» Eine «namhafte» Gruppe sei letzte Woche in die USA gereist. Deren namhafte Einschätzung bei Planung dieses Ausflugs vor Jahrestfrist lautete, dass die Demokratin Kamala Harris die Wahl gewinnen würde. Und dass sich die Schweizer Frauen in deren Glanz sonnen dürften. Nach der Wahl von Donald Trump nannte sich das, was der Wirtschafts-dachverband economiesuisse aufgegelistet hat, eine weibliche «Wirtschaftsmission».

Mit von der Partie war neben der unvermeidlichen Nationalrats-präsidentin Maja Riniker («Beim Seckeln kommen mir die besten Ideen») die EU-Turbine Elisabeth Schneider-Schneiter, Wirtschaftsfachfrau Regine Sauter, Fast-Bundesträgerin Eva Herzog und Winzerin Katja Riem. Der Zeitpunkt mitte im Zollkrieg mit Washington hätte nicht besser gewählt sein können. Abgesehen davon, dass der Kongress nicht tagte, die Regierung mit dem Nahostfrieden beschäftigt war und sich ohnehin niemand für die Schweizerinnen interessierte.

In Bern bibberte derweil das Wirtschaftsdepartement, wie viel Geschirr diese Laiendelegation in Amerika zerschlagen werde. Tatsächlich brachte sie es fertig, ausgerechnet ein Treffen mit der Demokratin Nancy Pelosi zu veranstalten. Es handelt sich dabei um ziemlich zielgenau jene Person, die US-Präsident Donald Trump am meisten hasst. Pelosi deckte während vier Jahren den amtsunfähigen Joe Biden. Sie hat schon zu Trumps erster Amtszeit versucht, diesen durch ein Impeachment aus dem Amt zu verjagen. Einen Tiefpunkt an politischem Stil markierte die linke Langzeit-Politikerin aus San Francisco, als sie 2020 Trumps Rede zum Zustand der Nation demonstrativ zerriss. Dieses Frauentreffen gegen jedes Interesse der Schweizer Wirtschaft und der hiesigen Arbeitsplätze plante und begleitete ausgerechnet Monika Rühl, Direktorin von economiesuisse. Verfolgte die Gruppe eigentlich irgendeinen Plan? Bislang blieb ein Echo zum Glück hier wie dort aus. Dabei wäre das Echo das Einzige, das es einer Frau verunmöglicht, das letzte Wort zu haben.

TREND «DIGITAL ODER NICHTS»

Bargeld sichert Freiheit und Unabhängigkeit

Immer öfter ist die Bezahlung im Alltag nur noch «cashless» möglich. Das Bargeld wird sukzessive aus dem Wirtschafts- und Privatleben verdrängt.



Tiziana Meier
Sozialkommission
Wangen-Brüttisellen

Beispielsweise haben gemäss einem Artikel des «Blicks» in der Schweiz mehrere Open-Air-Organisatoren seit Jahren ein Cashless-System eingeführt. Ebenso ist Bargeld an der Kasse im Kunsthaus Zürich seit dem 1. September 2025 nicht mehr willkommen. Und als ich das letzte Mal das Zurich Film Festival besuchte, war die Bezahlung mit Bargeld an der Bar auch nicht mehr möglich. Organisationen und Unternehmen, welche

Bargeld nicht mehr akzeptieren, geben als Gründe gerne an, dass die Bezahlung mit Karte oder Twint für die Kundschaft bequemer, nutzerfreundlicher, schneller und sicherer sei. Die Bezahlung mit Bargeld wird als nicht mehr zeitgemäß und als etwas Mühseliges dargestellt.

Gemäss einer aktuellen Umfrage der Schweizerischen Nationalbank SNB will jedoch eine grosse Mehrheit von 95% der Schweizer Bevölkerung am Bargeld festhalten. Somit gehört Bargeld nach wie vor zu den im Alltag am meisten eingesetzten Zahlungsmitteln. Allerdings hat laut dem Swiss Payment Monitor der ZHAW School of Management and Law und dem Center for Financial Services Innovation der Universität St. Gallen, welcher 2024 zum zehnten

Mal durchgeführt wurde, fast die Hälfte der Befragten in den letzten Jahren eine Verschlechterung des Zugangs zu Bargeld wahrgenommen. Die Ablehnung einer Bargeldabschaffung würde zunehmen, insbesondere unter den jüngeren der befragten Personen. Darüber hinaus begrüsst eine Mehrheit der Befragten eine zwingende Annahmepflicht für Bargeld. In der Realität setzt sich im Cashless-Zahlungsverkehr somit ein Trend fort, der von der Mehrheit der Befragten eigentlich nicht gewünscht ist.

Hohe Transaktions- und Bearbeitungsgebühren

Bargeldlose Zahlungen bringen erhebliche Nachteile mit sich. Ein Problem stellen die Transaktions- und Bearbei-

tungsgebühren dar, welche sich in einer Verschlechterung der Margen niederschlagen. Dies kann für das kleinere Gewerbe problematisch werden. Zweitens sind Zahlungsverarbeitungssysteme anfällig auf Stromausfälle oder Cyberangriffe. Wenn ein elektronisches Zahlungsmittel ausfällt, können Kundinnen und Kunden ihre Zahlung nicht begleichen. Personen, welche in einer solchen Situation über genügend Bargeld im Portemonnaie verfügen, sind klar im Vorteil. Zudem werden Leute, welche (aus welchen Gründen auch immer) über keine andere Zahlungsmöglichkeit als Bargeld verfügen, ausgeschlossen, was eine Diskriminierung darstellt. Demgegenüber fördert die Bezahlung mit Bargeld ein sparsameres Konsumverhalten, da jeweils nur das ausgegeben werden kann, was man physisch dabei hat. Bargeld ist demnach auch ein effizientes Mittel zur Schuldenprävention. Das Bezahlung mit Bargeld erfordert weder Strom noch Geräte. Es handelt sich um ein von technischen Problemen unabhängiges Zahlungsmittel und erlaubt einen anonymisierten Zahlungsverkehr. Transaktionen mit der Kredit- oder Debitkarte können so nicht von den beteiligten Finanzunternehmen überwacht bzw. registriert werden.

Erfreuliche Trendwende

Gemäss einem kürzlich erschienenen Bericht des «Tages-Anzeigers» müssen Restaurationsbetriebe im Kanton Genf in Zukunft Bargeld annehmen. Dies hatte der Grossen Rat dank eines Votusses von Seiten der SVP beschlossen. Dabei geht es insbesondere darum, dass die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten erhalten bleibt. Die Freiheitliche Bewegung Schweiz fordert zudem in einer Initiative die Sicherstellung der Bargeldversorgung durch den Bund. Aus den oben genannten Gründen ist es erfreulich, dass die Politik die Bezahlung mit Bargeld künftig stärken will und so einem wachsenden Bedürfnis der Bevölkerung entgegenkommt.



Gemäss einer aktuellen Umfrage der SNB will eine grosse Mehrheit von 95% der Schweizer Bevölkerung am Bargeld festhalten.

Bild: Adobe Stock

VERLÄNGERUNG EINER VERORDNUNG OHNE GEGENWARTSANALYSE

Schutzstatus S: Problematisches Verhalten von Ukrainern

«Wir haben es mit Respektlosigkeit und fehlendem Integrationswillen zu tun. Die Belastung für die Gemeinden ist enorm», meint eine Gemeinderätin aus dem Thurgau zum Schutzstatus S für Ukrainer. Eine nachhaltige Stabilisierung der Lage in der Ukraine ist gemäss Bundesrat «weiterhin nicht absehbar».



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

In Umsetzung eines Parlamentsbeschlusses unterscheidet das Staatssekretariat für Migration (SEM) bei der Gewährung des vorübergehenden Schutzes neu zwischen Regionen, in die die Rückkehr «zumutbar» respektive «nicht zumutbar» ist. Aktuell profitieren rund 70000 Ukrainerinnen und Ukrainer vom Schutzstatus. Die Kosten nur beim Bund betragen etwa 1,25 Milliarden Franken. Das Versprechen des Bundesrats für eine vorübergehende Aufnahme und rasche Rückkehr der Geflüchteten wird von der Regierung einmal mehr gebrochen.

Problematische Haltung der «Flüchtlinge»

Vermieter, Asylbetreuende und Behörden erleben täglich neue Herausforderungen, wie sie bei anderen Flüchtlingsgruppen so nie vorkommen. Die Haltung mancher Schutzstatus-S-Berechtigter gegenüber schweizerischen Behörden und Sozialdiensten ist problematisch.

Anspruchsdenken und Konsumhaltung

Statt Dankbarkeit herrscht oft Anspruchsdenken und Konsumhaltung.

Der Umstand, dass nach fünf Jahren der Schutzstatus S in eine Aufenthaltsbewilligung übergeht, mit allen damit verbundenen Ansprüchen beispielsweise auf Sozialhilfe, hinterlässt kein gutes Gefühl. Heute haben wir diese «Hotelegäste» im Status S, morgen haben wir sie in der Sozialhilfe. Das ist insbesondere für kleine Gemeinden schlicht unerträglich.

Das fragwürdige Instrument des vorübergehenden Schutzes wurde im Kontext der Jugoslawienkriege geschaffen

und war schon damals falsch. Anlässlich der Totalrevision des Asylgesetzes 1998 wurde gar das Schutzsystem im Gesetz geregelt.

Schutzstatus S erneuert

Am 8. Oktober hat nun der Bundesrat diesen umstrittenen Schutzstatus S erneut erneuert. Schutzsuchende ukrainische Staatsbürger und ihre Familien qualifizieren sich automatisch für den Schutzstatus, wenn sie vor dem 22. Februar 2022 in der Ukraine wohnhaft

waren. Erhält jemand den Schutzstatus S nicht, so prüft das SEM in einem aufwendigen Verfahren, ob die Anordnung einer Wegweisung «zulässig» und «zumutbar» ist.

Linke Medienlügen

Linke Medien behaupten jetzt einfach, dass der Schutzstatus S eingeschränkt werde, weil man ihn auf einzelne Territorien beschränke. Das stimmt so nicht, denn es handelt sich nur um ein kleines Gebiet im Nordwesten der Ukraine. Antragsteller haben es leicht, ihren Aufenthaltsort vor der Beantragung innerhalb der Ukraine noch rasch zu wechseln.



Lwów (dt. Lemberg) fällt nicht mehr unter den Schutzstatus S der schweizerischen Behörden.

Bild: Pixabay

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Jetzt sind wir einmal dran!

Da der Kantonsrat diese Woche noch in den Herbstferien weilt, blicken wir noch einmal auf den letzten Abstimmungssonntag zurück: Die Stadtzürcher Stimmbevölkerung hat sich an diesem Tag per Volksentscheid kurzerhand die ÖV-Gebühren halbiert. Ein Entscheid, der die städtischen Finanzen noch weiter in Schieflage bringen wird.



Ueli Bamert
Kantonsrat und
Co-Präsident SVP
Stadt Zürich
Zürich

Das Ja der Stadtbevölkerung zur SP-Volksinitiative für einen 365-Franken-ÖV am 28. September 2025 liess nicht nur bürgerliche Finanzpolitiker ratlos zurück. Um die Ursachen für diese vermeintlich schamlose Selbstbedienungsmentalität zu verstehen, müssen wir ein bisschen weiter zurückblicken: Am 3. März 2024 stimmte die Schweizer Bevölkerung deutlich für eine 13. AHV-Rente. Die Konsternation ob so viel finanzpolitischer Unvernunft war gross, schliesslich ist seit Jahren bekannt, dass sich dieses wichtige Sozialwerk in finanzieller Schieflage befindet. Die Erklärung für den Volksentscheid war schnell gefunden: Weite Teile der Bevölkerung haben nach dem Motto «jetzt sind wir einmal dran» abgestimmt. Für alles hat der Staat Geld, für Klimaschutz, Entwicklungshilfe, für das Asylwesen, nur für die eigene Bevölkerung bleibt nichts übrig.

Das städtische Portemonnaie sitzt locker

Mit dem Ja zur ÖV-Initiative der SP erlebte die Stadt Zürich am besagten Sonntag ihren «13.AHV-Moment»: Eine ÖV-Gebührensenkung mit der Giesskanne? Für alle, vom Bürzer bis zum Millionär, also auch für jene, die es nicht nötig haben? Wie kann das sein? Die Antwort liegt auf der Hand: Offenbar haben sich bei dieser Abstimmung auch die Zürcherinnen und Zürcher gesagt: «jetzt sind wir einmal dran».

Schliesslich schmeisst der rotgrüne Stadtrat das hart erarbeitete Steuergeld der Bevölkerung seit Jahren mit beiden Händen zum Fenster raus. Für alles und jeden scheint in der Stadt Zürich Geld im Überfluss vorhanden zu sein: Gratis-Laptops für «Personen mit geringen finanziellen Mitteln», juristische Unterstützung für Asylbewerber, Geburtsvorbereitungskurse für Migrantinnen und so weiter. Wöchentlich poppen irgendwo Klima-, Diversitäts- und Integrationsprojekte auf, die zwar keine Wirkung erzielen, aber zahlreichen Beamten und Aktivisten lukrative Aufträge bringen. Kein Wunder, möchte die Stadtbevölkerung auch einmal ein Stück vom Kuchen abkriegen.

Vergiftetes Geschenk

Damit wir uns richtig verstehen: Ich mache denjenigen, die Ja gestimmt haben, keinen Vorwurf. Wenn ich als Bürger gefragt werde, ob etwas, das ich sowieso jedes Jahr kaufen muss, plötzlich 400 Franken günstiger sein soll, wieso soll ich dann Nein sagen? In der Verantwortung stehen vielmehr die linken Parteien, die der Bevölkerung immer wieder solch vergiftete Geschenke anbieten. Die Linke hat sich bekanntlich noch nie darum gekümmert, woher das Geld für ihre Ausgabenfreude stammt. Da erscheint es geradezu ironisch, dass mit Daniel Leupi ausgerechnet ein grüner Finanzvorsteher daran erinnern muss, dass Geld zuerst von irgendjemandem verdient werden muss, bevor man es umverteilen kann.

Es zeigt sich seit Jahren: Die linksgrüne Mehrheit hat jegliches finanzpolitisches Verantwortungsbewusstsein verloren. Am 8. März 2026 sind Wahlen. Dann hat es die Bevölkerung in der Hand, dafür zu sorgen, dass die linke Mehrheit gekippt wird. Dann – und erst dann – kehrt in Zürich mit einer bürgerlichen Mehrheit auch wieder finanzielle Vernunft ein.



Selbstbedienungsmentalität: Tramfahren soll in Zürich bald nur noch halb so teuer sein.

Bild: Adobe Stock

WORTE DES FRAKTIONSPRÄSIDENTEN

Milton Friedman hatte recht: Der Sozialstaat verträgt keine offenen Grenzen

Der berühmte US-Ökonom Milton Friedman sagte einst: «Man kann einen Wohlfahrtsstaat haben. Und man kann offene Grenzen haben. Aber man kann nicht beides gleichzeitig haben.»

Bis 1914 waren die Grenzen in den Vereinigten Staaten weitgehend offen. Wer kam, musste arbeiten, um zu überleben – es gab keine Sozialhilfe, keine Subventionen, keinen Staat, der für alles sorgte. Erst mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats war die freie Zuwanderung nach 1914 Geschichte. Friedman warnte früh: Je ausgeprägter der Sozialstaat, desto stärker muss die Zuwanderung begrenzt werden.

Aus den Fehlern anderer Länder lernen

Die Schweiz steht heute genau an diesem Punkt. Wir haben einen der teuersten und umfassendsten Sozialstaaten Europas – und gleichzeitig eine masslose Zuwanderung. Entweder steuern wir die Zuwanderung, oder wir gefährden die soziale Stabilität.

Heute gehen zwei Drittel aller Sozialhilfemilliarden an Ausländer: 43% an Asylsuchende, 23% an niedergelassene Ausländer – nur noch ein Drittel an Schweizerinnen und Schweizer.

mit oder ohne Migrationshintergrund. Trotzdem will der Bundesrat im neuen EU-Unterwerfungsvertrag die automatische Rechtsübernahme aus Brüssel im Bereich der Personenfreizügigkeit einführen. Das bedeutet: noch mehr Migration, noch weniger Kontrolle und einen weiteren Abbau der Wohlfahrt für die eigenen Leute.

Die Linke muss sich endlich entscheiden: Wohlfahrtsstaat oder grenzenlose Zuwanderung – beides geht nicht. Statt Verantwortung zu übernehmen, fordert sie immer neue Aufnahmekontrollen. Jüngstes Beispiel: Bundesrat Beat Jans will palästinensische Kinder in die Schweiz holen – mit vier erwachsenen Begleitpersonen pro Kind. Das Problem sind nicht die Kinder, sondern die Kettenmigration, die damit ausgelöst wird. Nach drei Jahren Aufenthalt können die Erwachsenen Familienzugang beantragen – und dieser Kreislauf wiederholt sich.

Ein Blick nach Dänemark zeigt, wohin das führt. 1992 nahm die dänische Regierung 321 palästinensische Flüchtlinge auf. Eine Langzeitstudie bis 2019 ergab: 63% wurden straffällig, fast die Hälfte lebte dauerhaft von Sozialhilfe. In der zweiten Generation

waren 34% kriminell und 37% auf Sozialhilfe angewiesen. Der damalige Justizminister gab später zu: «Wir hätten sie nicht aufnehmen dürfen.»

Regierungsrätin Rickli zeigt Haltung

Regierungsrätin Natalie Rickli hat im Kanton Zürich richtig gehandelt. Sie lehnt solche symbolischen Aktionen ab. Israel verfügt über eines der modernsten Gesundheitssysteme der Welt – die Kinder werden dort bestens behandelt. Wer wirklich helfen will, hilft vor Ort – nicht durch unkontrollierte Einwanderung in unser Sozialsystem.

Die Fakten sind klar: Der Sozialstaat verträgt keine offenen Grenzen. Die Schweiz braucht wieder eine klare, gesteuerte Zuwanderungspolitik.

Wer alles aufnimmt, verliert alles.



von
Tobias Weidmann

KOMMENTAR ZUR KANTONSPOLITIK

Wohnungsnot und der Elefant im Raum, den niemand sehen will



Andreas Keiser
Kantonsrat SVP
Glattfelden

Im Kanton Zürich wurden innerhalb weniger Monate sechs Volksinitiativen zum Thema «Wohnungsmarkt» eingereicht: Die Voraussetzungsinitiative von Mitte-Links, die Wohnungs- und Wohnschutzinitiative der Linken, die Umsetzungsinitiative der AL sowie die Starthilfe- und Wohneigentumsinitiative des HEV.

Einzelne dieser Initiativen befinden sich noch in parlamentarischer Beratung in den Kommissionen, über andere wurde im Rat bereits debattiert. Als Neo-Kantonsrat finde ich es absolut verantwortungslos, um nicht zu sagen heuchlerisch, wie alle anderen Parteien aktuell das Thema «Wohnungsnot» bewirtschaften und sich im Kantonsrat mit Scheinlösungen herumschlagen, ohne jemals den entscheidenden und unübersehbaren Elefanten im Raum klar zu benennen: die unkontrollierte und masslose Zuwanderung. Man könnte fast vermuten, alle anderen Parteien hätten – ähnlich wie in Köln mit dem sogenannten Fairness-Abkommen, wonach Migration nur in positiver Weise erwähnt werden soll – verabredet, das Thema «Zuwanderung» geradezu totzuschweigen.

Schlimmer noch: Die Masseneinwanderung als Hauptursache der Wohnungsnot

wird regelrecht weggetrickst oder gar ins Gegenteil umgekehrt. So wird den Leuten zum Beispiel erzählt, dass «pro Kopf (sic!) so wenige Wohnungen gebaut werden, wie seit den 1950er-Jahren nicht mehr» und diese «historisch geringe Bautätigkeit die Hauspreise und die Mieten hochtreiben» würde. Nun, das bewusste Weglassen von Informationen ist eben auch eine Lüge. Fakt ist nämlich, dass es in der Schweiz seit dem Jahr 2000 ca. 34% mehr Wohnungen gibt. Fakt ist auch, dass wir über 80% der zusätzlichen Wohnfläche aufgrund des Bevölkerungswachstums brauchen.

Nur die SVP weist beharrlich auf die wahren Ursachen der Wohnungsnot hin und nur die SVP packt die Probleme mit der Nachhaltigkeits- und Grenzschutz-Initiative auf Bundesebene an den Wurzeln. Gleichzeitig fordert die SVP des Kantons Zürich auf kantonaler Ebene mit der Heimatinitiative einen Mietvorrang «für eusi Lüüt», wenn die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz vor dem Jahr 2050 mehr als 10 Millionen betragen sollte. Bitte kämpfen Sie mit uns für das Recht auf Heimat und unterschreiben Sie noch heute die SVP-Heimatinitiative – vielen Dank!

Unterstützen Sie die Heimatinitiative und unterschreiben Sie noch heute:



AKTUELLE MEDIENMITTEILUNGEN



Zwischenbericht 2025: Jetzt Steuern runter!

Wenn nicht jetzt, wann dann?



Sie lieben die Schweiz?

Treten Sie noch heute der SVP bei und setzen Sie sich für unser Land ein.

Einladung zum Racletteplausch Samstag, 25. Oktober 2025, ab 11.30 Uhr



Gastreferent
Tobias Weidmann
Kantonsrat und
Fraktionspräsident der
SVP Kanton Zürich

«Ich will meine Schweiz zurück!»
Mit seiner sachlichen, charakterstarken Art und seiner politisch klaren Haltung prägt Tobias Weidmann die kantonale Politik massgeblich mit. Als Fraktionspräsident kennt er die grossen Linien ebenso wie die Details – und weiß, wie man die Stimme der SVP wirksam einbringt.

Kommen Sie vorbei. Diskutieren Sie mit. Ihre Meinung zählt.

Samstag, 25. Oktober 2025
Forsthaus Mühlholz, Haldenstrasse, 8610 Uster

Anmeldung SVP Uster:
Präsident Daniel Schnyder
daniel.schnyder@svp-uster.ch



Liste 2 wählen!
Gemeinderatswahlen | 12. April 2026



Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



ES REICHT MIT DER IMPORTIERTEN KRIMINALITÄT!

Nicht-integrierte Zuwanderer sind verantwortlich für die Gewalt gegen Frauen

Durch die Zuwanderung gerade aus muslimischen Ländern importieren wir Kriminalität. Bei den Gewaltdelikten sind beispielsweise Syrer und Afghanen gemäss Kriminalstatistik stark überrepräsentiert.



Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küssnacht

Vor wenigen Wochen ist eine junge Frau im Zürcher Tram bewusstlos geschlagen worden. Der Täter ist ein 28-jähriger Syrer. Die Polizei war mit linken Krawall-Demonstrationen bei der Kaserne beschäftigt und hatte keine Kapazität, um auszurücken. Später konnte der Täter immerhin gefasst werden.

«Fast täglich kommt es zu Einbrüchen und Diebstählen – die Täter sind in der Regel nordafrikanische Asylanten.»

Nach einer Amokdrohung und Morddrohungen an einer Luzerner Schule sind kürzlich ein Afghane und ein Syrer verhaftet worden. Fast täglich kommt es zu Einbrüchen und Diebstählen – die Täter sind in der Regel nordafrikanische Asylanten. Auch der Forensiker Frank Urbaniok belegt, dass diese Nationalitäten bei Gewaltdelikten und anderen Delikten herausstechen.

Die Doppelmoral der Linken

Auch bei häuslicher Gewalt und bei Mord an Frauen spielen die kulturellen Hintergründe eine Rolle. Insbesondere muslimische Zuwanderer importieren häufig die patriarchalen Strukturen ihrer Herkunftsänder. Die Frau hat in diesen Ländern auch heute noch viel weniger Wert. Ehrenmorde sind leider nicht selten. Die linken Feministinnen

zeigen hier eine Doppelmoral. Sie stehen für Frauenrechte ein, aber haben nichts gegen die Zuwanderung aus muslimischen Ländern.

Das Beispiel Pruntrut sollte Schule machen

Couragierte sind dagegen die Behörden der jurassischen Gemeinde Pruntrut vorgegangen. Nach Pöbeln und Belästigungen namentlich durch Nordafrikaner aus dem nahen Frankreich haben sie Ausländern ohne Aufenthaltsbewilligung den Zugang zur Badi verwehrt. Die Badi zieht heute eine positive Bilanz.

Nicht-integrierte Zuwanderer sind insbesondere für die Gewalt gegen Frauen hauptverantwortlich. Die Linken sollten dies endlich anerkennen.

Kriminelle Ausländer und Asylanten sind ohne Wenn und Aber auszuschaffen. Oder gar nicht erst in unser Land zu lassen, wie dies die kürzlich eingereichte Volksinitiative «Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)» der SVP fordert.



Nicht-integrierte Zuwanderer sind insbesondere für die Gewalt gegen Frauen hauptverantwortlich.

Bild: Pixels

NEIN ZUM EU-UNTERWERFUNGSGESETZ

Noch mehr Zuwanderung durch EU-Anbindung

«Sehr klein» seien beim neuen Vertrag mit Brüssel die Folgen für die Zuwanderung. Das behauptet Chefdiplomat Alexandre Fasel. Wahr ist leider das Gegenteil.



Thomas Matter
Nationalrat SVP
Meilen

Der Ausländeranteil an der Schweizer Bevölkerung hat Ende 2024 mit 27,4 Prozent einen neuen Höchststand erreicht. Allein seit 1990 hat sich die Zahl der ständig anwesenden Ausländer in der Schweiz von 1127000 auf 2480000 mehr als verdoppelt. Dabei wurden seither über 865000 Ausländer eingebürgert. Im ersten Halbjahr 2025 kamen über 76000 Personen in die Schweiz, davon über 56000 aus dem EU-Raum.

Mit dem EU-Anbindungsvertrag würden ganz sicher noch mehr Zuwanderer in unser Land strömen. Denn der Familiennachzug soll durch die Übernahme der sogenannten «Unionsbürgerrichtlinie» nochmals ausgeweitet werden: Von den Kindern über die Enkel bis zu den Schwieger-Grosseltern dürfen alle kommen. Neu erhält jeder EU-Bürger und seine Familie schon nach fünf Jahren «Erwerbstätigkeit» ein Daueraufenthaltsrecht in der Schweiz. Auch wenn er davon eineinhalb Jahre Arbeitslosengeld und/oder ein halbes Jahr Sozialhilfe bezieht.

Der halbe Balkan und Kriegsgebiete

Wovon so gut wie niemand spricht: Zuwandern via Personenfreizügigkeit dürfen künftig auch alle Bewohner der neun EU-Beitrittskandidaten, sobald diese definitiv aufgenommen sind – also Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldawien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Kosovo und die Ukraine. Auf der Warteliste stehen die Türkei und Armenien.

Nachhaltigkeitsinitiative annehmen!

Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz! Darum müssen wir den EU-Unterwerfungsvertrag unbedingt ablehnen. Wir können aber schon vorher einen Tisch machen – mit einem Ja zur Nachhaltigkeitsinitiative der SVP gegen eine 10-Millionen-Schweiz im Juni 2026. Dann wäre der Unterwerfungsvertrag wohl so gut wie gestorben. Und das wäre für einmal eine freudige Beerdigung!

QR-Code scannen und die Initiative unterstützen:



MEH STUTZ IM SACK? UNTERSCHREIBEN SIE JETZT DIE INITIATIVE DER JUNGFREISINNIGEN!

Die SVP des Kantons Zürich unterstützt die Steuerrabatt-Initiative der Jungfreisinnigen

Seit Jahren schreibt der Kanton Zürich hohe Überschüsse – auf Kosten der Steuerzahler. Die Steuerrabatt-Initiative der Jungfreisinnigen Kanton Zürich schafft Abhilfe: Überschüsse sollen automatisch an die Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen zurückfließen.



Domenik Ledegerber
Kantonsrat und
Parteipräsident
SVP Kanton Zürich
Herrliberg

kennt man diese Realität. Trotzdem wird keine Entlastung zugunsten der Bevölkerung beschlossen und das Staatsvermögen wird immer weiter angehäuft. Die Steuerrabatt-Initiative will diesen Zustand endlich beenden.

Die Initiative sieht vor, dass unerwartete Überschüsse automatisch an Bevölkerung und Unternehmen zurückfließen – proportional zu den bezahlten Steuern. Damit wird verhindert, dass sich der Staat weiter auf Kosten der Bürger die Taschen füllt. Der Mechanismus ist gut überlegt, schliesslich berücksichtigt er auch die Verschuldungssituation: Ist der Kanton finanziell

gut aufgestellt, fällt der Rabatt höher aus. Gibt es finanziellen Handlungsbedarf, wird der Steuerrabatt reduziert. Die Idee ist einfach, liberal und gerecht. Der Steuerrabatt wirkt wie eine temporäre Steuersenkung – das ist nötig, da dauerhafte Steuersenkungen von linker Seite ausgebremst werden. Auch die Wirtschaft und Gesellschaft profitieren von der Initiative. Eine tieferste Steuerbelastung bedeutet mehr Investitionen, Innovationen und Arbeitsplätze. Langfristig stärkt dies den Wohlstand und sorgt – wer dies versteht, ist den Linken kilometerweit voraus – für steigende Steuereinnahmen.

Die SVP des Kantons Zürich unterstützt deshalb die Steuerrabatt-Initiative der Jungfreisinnigen. Gemeinsam stehen wir für Eigenverantwortung, Fairness und einen schlanken Staat, der sich nicht am Portemonnaie der Bürger vergreift. In dieser Ausgabe des Zürcher Boten liegt ein frankierter Unterschriftenbogen bei. Helfen Sie mit, dass diese wichtige Initiative vors Volk kommt, und unterschreiben Sie noch heute. Für unseren Kanton. Für die Steuerzahler. Für mehr Stutz im Sack statt einem Staat im Überfluss. Herzlichen Dank.



Mit der Steuerrabatt-Initiative sollen Bürger und Unternehmen finanziell entlastet werden.

Bild: Adobe Stock

QR-Code scannen und Initiative unterstützen:



SVP Volketswil an der VOGA Kommen Sie vorbei und besuchen Sie uns!

Unsere Gäste: Freitag, 17. Oktober 2025



Ernst Stocker
Regierungsrat
18–18:30 h



Pierre Dalcher
Kantonsrat / 17–19 h



Martin Hübscher
Nationalrat / 19–21 h



Domenik Ledegerber
Kantonsrat & Präsident
SVP Kt. Zürich / 19–21 h



Tobias Weidmann
Kantonsrat &
Fraktionspräsident SVP
Kt. Zürich / 19–21 h

Unsere Gäste: Samstag, 18. Oktober 2025



Nina Fehr Düsel
Nationalrätin / 11–13 h



Paul von Euw
Kantonsrat / 11–13 h



Sabina Hostettler
Schulpflege Volketswil
15–17 h



Tobias Infortuna
Kantonsrat / 15–17 h



Tiziana Meier
SoKo Wangen-Brüttisellen
15–17 h



Martin Haab
Nationalrat / 17–19 h



Thomas Matter
Nationalrat / 17–19 h



Romaine Rogenmoser
Kantonsrätin / 17–19 h

Unsere Gäste: Sonntag, 19. Oktober 2025



Bruno Walliser
Nationalrat / 11–13 h



Barbara Steinemann
Nationalrätin / 12–15 h



Mauro Tuena
Nationalrat / 15–17 h

Eine starke Stimme für die Schweizer Wirtschaft und KMU



STRATEGIEN DER SELBSTGERECHTEN

Linkes Erfolgsrezept im politischen Prozess

Sind Sie ein Linker und möchten Ihre Ideologien auf politischer Ebene durchsetzen?
Dann lesen hier das Rezept, wie Sie zum Erfolg kommen.



Adrienne Suvada
Vorstand SVP Zollikon
Zollikon

Zunächst ist es wichtig, zu wissen, dass nur Ihre Ideologien die richtigen sind. Das gibt Ihnen die Grundlegitimation zu Ihrem Handeln. Ihre Gegner sind automatisch alle, die nicht so denken wie Sie. Als erster Schritt müssen Sie Ihre Ziele definieren. Danach übertreiben Sie Ihre Ziele mit dem Faktor drei. Diese so definierten Ziele werden quasi zu Ihrem Glaubensmantra. Egal welche Diskussion, egal welches Thema, Sie lenken die Gespräche immer auf eines dieser Ziele. Wichtig dabei ist: Geben Sie den anderen Personen das Gefühl, dass sie auf der moralisch falschen Seite stehen. Falls jemand Kritik üben sollte, reden Sie diese Person an die Wand. Es spielt keine Rolle, ob Ihre Argumente stichfest sind. Mischen Sie einfach Fakten wild durcheinander und ergänzen Sie sie mit wissenschaftlichen Daten. Jemand bringt Studien, die Ihrer Position widersprechen? Kümmern Sie sich nicht darum, reden Sie einfach von «der» Wissenschaft. Erinnern Sie sich, Ihre Position ist die richtige, alles andere ist Geschwurbel und nicht der Diskussion wert.

Ignorieren der Formalitäten

Als nächsten Schritt müssen Sie Ihre Ziele durch den politischen Prozess bringen. Idealerweise haben Sie auf der Verwaltungsseite vorgesorgt und nur Leute eingestellt, die so denken wie Sie. Falls das nicht der Fall ist, auch hierfür gibt es eine Lösung: Egal welche Argumente die Verwaltung bringt, ignorieren Sie sie und lenken stattdessen den Fokus auf die Person der Angestellten. Bringen Sie sinnlose Kleinigkeiten ein, die ein angebliches Fehlverhalten dokumentieren. Beschweren Sie sich regelmäßig bei den Vorgesetzten, aber achten Sie darauf, nicht direkt mit den betroffenen Personen zu sprechen. Diskreditieren Sie die Personen so lange,

bis alle einknicken. Bearbeiten Sie den Präsidenten Ihres Rates oder Ihrer Kommission, bis auch er nachgibt und Sie Ihren Antrag einbringen können. Achten Sie nicht auf Formalitäten oder rechtliche Punkte. Sie kämpfen für ein übergeordnetes Ziel. Für Sie sind prozessuale Fragen irrelevant.

Emotionale Keule

Instrumentalisieren Sie aussenstehende Personen, die Druck machen. Das Amtsgeheimnis gilt für Sie nicht, weil Sie für die gute Sache kämpfen. Ignorieren Sie Ihnen nicht genehme Berichte. Lenken Sie stattdessen die Diskussion auf andere Themen. Achten Sie aber darauf, dass Sie der Verwaltung sämtliche Legitimation absprechen. Fallen Sie Ihren Mitdiskutanten ins Wort und holen Sie notfalls die Keule der Emotion heraus. Werfen Sie Ihren Gegnern vor, dass Sie sich moralisch angegriffen fühlen, noch besser, dass Sie diskriminiert werden. Stellen Sie sich einfach als Opfer dar – immer und in jeder Situation. Wenn auch das nichts hilft, konsultieren Sie juristische Experten. So lange, bis Ihre Position bestätigt wird. Sprechen Sie konsequent von Rechtsgutachten, egal ob das nun eines ist oder nicht. Bei den Gegnern pochen Sie dafür immer auf vollständige Gutach-

ten, idealerweise von zwei bis drei Fachexperten. Das stellt Ihre Gegner ruhig, denn die haben sie nicht, weil sie von Ihrem Angriff überrascht wurden.

Sieg über die Gegner

Die Schlussabstimmung ist nur noch eine Formalsache, denn Sie haben ja noch einen Trumpf in der Hand: Ihre übertriebenen Ziele. Das ist Ihre Verhandlungsmasse. Im besten Fall haben Sie Ihre Gegner so mürbe gemacht, dass sie sogar für diese Ziele stimmen. Ansonsten können Sie die Ansprüche ja leicht heruntersetzen und damit angebliche Kompromissbereitschaft signalisieren. Damit gewinnen Sie zielsicher jede Abstimmung und können gleich am nächsten Tag in die Umsetzung gehen. Sorgen Sie dafür, dass sich die Angestellten nur mit Ihren Themen beschäftigen und diese so schnell als möglich realisieren. Geht etwas schief? Keine Sorge, dafür haben Sie ja den Präsidenten. Der ist dafür zuständig, die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Sie können sich zurücklehnen, denn Sie werden unbeschadet aus dieser Sache herausgehen. Ihre Wiederwahl ist zu keinem Zeitpunkt gefährdet, denn im Gegensatz zu Ihren politischen Gegnern werden Sie am Ende der Legislatur alle Wahlversprechen umgesetzt haben.



Für linke Politik gilt: Es spielt keine Rolle, ob die vorgebrachten Argumente stichfest sind.

Bild: Pexels/Markus Winkler

RECHTSORDNUNG DURCHSETZEN

Gewaltorgie in Bern

Was sich am vergangenen Samstag im Rahmen einer unbewilligten «Demonstration für den Frieden in Gaza» abgespielt hat, ist derart schockierend, dass kein verantwortungsvoller Mensch mit den üblichen Worthülsen der «Betroffenheit» und des Verständnisses zur Tagesordnung übergehen darf.



Hans Fehr
Alt Nationalrat SVP
Eglisau

Dieser detailliert geplante Terrorangriff von linksradikalen vermummten Gewalttätern gegen die Polizei und gegen jegliche Rechtsordnung – mit 18 verletzten Polizisten, millionenschweren Sachschäden und unter Inkaufnahme von Toten – muss für die Täterschaft endlich einschneidende Folgen haben.

Das Prinzip Hoffnung

Schon im Vorfeld war aufgrund von Aufrufen in den Sozialen Medien klar, dass es hier nicht um Frieden und politische Inhalte, sondern um nackte Gewalt und Zerstörungswut gehen würde. Der Berner Sicherheitsdirektor Alec von Grafenried «hoffte» aber noch lange auf einen friedlichen Ausgang, wenn man die «Demo» einfach einmal laufen lasse. Die Polizei solle sich zurückhalten und so zur «Deskalation» beitragen. Erst als die erhoffte «Kontaktaufnahme» mit den Organisatoren scheiterte und der

gewalttätige Mob den Bundesplatz erreichte, durfte die Polizei eingreifen. Aber da war es bereits zu spät.

Eine realistische Lagebeurteilung

Eine realistische Lagebeurteilung (statt des Prinzips Hoffnung) hätte zum Schluss führen müssen: Die unbewilligte Demonstration muss sofort gestoppt und im Keim ersticken werden. Zweitens: Das seit dem 1. Januar 2025 schweiz-

weit gültige Verhüllungsverbot ist konsequent durchzusetzen. Drittens: Die Rädelsführer haben die Kosten für Polizei, Sanität, Feuerwehr und für die Zerstörungen zu tragen. Und viertens: Die Strafen für verhaftete Vermummte, Chaoten und Gewalttäter sind massiv zu verschärfen. Die blosse Feststellung der Personalien und allenfalls einige Stunden Haft geben unseren Rechtsstaat der Lächerlichkeit preis.



Zum Schutz der öffentlichen Ordnung braucht es zwingend ein härteres Vorgehen gegen linksextreme Gewalttäter.

Bild: Adobe Stock

BUNDESRAT WILL MEHR EIGENKAPITAL

Zur Zukunft der UBS

Die UBS hat 2023 auf dringendes Ersuchen des Bundesrats die gescheiterte Credit Suisse übernommen. Diese Lösung hat allerdings den Nachteil, dass heute nur noch eine global tätige Schweizer Grossbank besteht.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Prozent Eigenkapital haben muss, ist die UBS nicht mehr konkurrenzfähig. Darum machen sich Investoren und Management der UBS Gedanken, den Standort Schweiz ins Ausland zu verlegen.

Nur löst mehr Eigenkapital das Grundproblem systemrelevanter Banken («Too Big to Fail») nicht. Auch mit mehr Eigenkapital kann die UBS scheitern – und müsste vom Staat gerettet werden, weil sonst der Schaden enorm wäre. Im Fall UBS gäbe es keine andere rettende Schweizer Bank mehr. Bei den Turbulenzen von 2007/08 sind die Banken, die damals scheiterten, von anderen Banken übernommen worden, ausser der UBS, die Staatsmittel benötigte, diese aber rasch vollumfänglich mit allen Zinsen zum Vorteil der Eidgenossenschaft zurückzahlen konnte. Ich meine, dass jetzt bei den Eigenkapitalvorschriften zu massiv reguliert wird, während das Problem «Too Big to Fail» ungelöst bleibt.



Eine Schweizer Grossbank wie die UBS muss konkurrenzfähig bleiben.

Bild: Adobe Stock

SVP NIEDERGLATT

Stopp Sprayereien

Illegalle Sprayereien an privaten und öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen haben in Niederglatt und im Bezirk Dielsdorf ein inakzeptables Ausmass angenommen.

Dabei handelt es sich um keine Bagatellen, sondern um böswillige Beschädigung von fremdem Eigentum. Die SVP verfolgt die Entwicklung mit Sorge und führt deshalb eine Informationsveranstaltung zum Thema durch. Erfahren Sie in drei Blöcken, geführt durch ausgewiesene Fachleute, wie sich Sprayereien durch geschickte Bepflanzung vermeiden lassen, ob und wie Sie sie entfernen können und wie Ermittlungs-

behörden mit diesen kriminellen Aktivitäten umgehen.

Der Anlass findet am Donnerstag, 6. November 2025, um 19.30 Uhr in Niederglatt an der Grafenstrasse 55 im Singsaal «Eichi» statt. Der Eintritt ist frei. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Peter Ruoss,
Präsident SVP Niederglatt

Fadegrad

von
Manuel Zanoni

An seinen Taten messen

Die Diskussion um das Rahmenabkommen kommt nun endlich auch ausserhalb der SVP in Fahrt. Am Samstag fällt die FDP ihre Entscheidung. Wie sie ausfällt, weiss ich beim Schreiben dieser Zeilen noch nicht. Die FDP hat sich zumindest vertieft mit den Verträgen auseinandersetzt. Die meisten anderen Parteien stimmen dem Vertragspaket zu, ohne es ernsthaft zu studieren und sich mit seinen Konsequenzen zu befassen. Von einigen SVP-Politikern liest man lobenswerterweise sogar, dass sie die gesamten Verträge durchgearbeitet hätten! Ich selbst halte es eher mit Herrn Blocher: Man muss nicht alles gelesen haben, um den Vertrag als Ganzes abzulehnen. Ein einziger Satz, der zur Übernahme von EU-Recht in unser Recht verpflichtet, genügt. Eine Armada aus Bundesrat, Verwaltung und Rechtsprofessoren betont auf allen Kanälen, dass die Schweiz die Übernahme von EU-Recht immer noch ablehnen könnte. Man solle dem mit Verwaltungsbeamten besetzten Gemischten Ausschuss einfach vertrauen, problematische Gesetze zu erkennen und sie dem Bundesrat und Parlament vorzulegen. Passiert dies nicht, hat die Schweizer Bevölkerung aber kaum mehr etwas zu sagen. Doch wie oft hat Bundesbern die EU ernsthaft herausgefordert, um die Interessen der Schweizer Bevölkerung zu verteidigen? Wie oft hat es von sich aus Kritik an einem EU-Gesetz angemeldet? Viel zu selten! Viel mehr gefällt sich Bundesbern darin, die Interessen der EU in der Schweiz zu verteidigen.

Kürzlich konnten wir lesen, dass die Schweizer Winzer auf ihren Weinflaschen zukünftig Kalorien-tabellen abdrucken müssen. Der Bundesrat möchte diese bürokratische und unnütze EU-Regelung nachvollziehen, obwohl sogar das Parlament dagegen ist. Bei der Umsetzung der 2025 vom Volk beschlossenen Masseneinwanderungsinitiative haben Bundesrat und Parlament extra eine Lösung ausgearbeitet, die die EU nicht verärgert. Dass die Schweizer Bevölkerung über die unbeschränkte Zuwanderung verärgert ist, nahmen sie hingegen bereitwillig in Kauf. Seit Abschluss des Luftverkehrsabkommens hat der Gemischte Ausschuss bei keiner einzigen der rund 150 Rechtsänderungen interveniert.

Wenn wir Bundesbern an seinen Taten messen, zeigt sich schon heute: Nachvollzug statt Kritik. Von Bundesbern können wir bei der Übernahme von EU-Recht keinen ernsthaften Widerstand gegenüber der EU erwarten. Von sich aus erkennt es nie problematische EU-Gesetze. Vielmehr ist absehbar, dass die Übernahme von EU-Recht mit dem Rahmenabkommen zu einem Automatismus wird! Ein Satz und eine Auseinandersetzung mit dessen Konsequenzen genügt also vollkommen zur Ablehnung des ganzen Vertragspaketes.

AUS DEM OPIKER GEMEINDERAT

Keine Experimente an Primarschulen – Unisex-Toiletten? Nicht mit uns!

In Opfikon sorgt derzeit eine mögliche Umgestaltung der Sanitäranlagen an einer Primarschule für erheblichen Unrat. Offenbar wurde im Rahmen der laufenden Schulhauserweiterung ernsthaft darüber nachgedacht, sogenannte geschlechtsneutrale Toiletten einzuführen.

Kevin Husi-Fiechter
Gemeinderat und
Fraktionspräsident SVP
Opfikon

Offiziell ist zwar noch nichts entschieden, doch die alleinige Vorstellung solcher Pläne hat in der Bevölkerung, besonders unter Eltern von Primarschulkindern, grosse Besorgnis ausgelöst. Zu Recht – denn wer den Schutz und die Intimsphäre unserer Kinder aufs Spiel setzt, hat jedes Mass verloren.

Die SVP Opfikon sagt klar: Schulen sind Orte der Sicherheit, nicht der Ideologie. Kinder im Alter zwischen sechs und zwölf Jahren brauchen Geborgenheit, klare Strukturen und Schutz – keine linkspolitischen Experimente, die aus Zürich herüberwehen. Es ist nicht Aufgabe der Schule, gesellschaftliche Selbstversuche zu betreiben, sondern jungen Menschen ein stabiles Umfeld zu bieten, in dem sie Vertrauen und Respekt lernen können.

Eltern fordern Schutz und gesunden Menschenverstand

Viele Eltern haben bereits das Gespräch mit Behörden gesucht oder Briefe geschrieben. Ihre Botschaft ist eindeutig: Mädchen und Buben sollen weiterhin getrennte Toiletten benutzen. Punkt. Das hat nichts mit Rückschritt zu tun, sondern mit Anstand, gesundem Menschenverstand und Rücksicht auf die natürliche Entwicklung der Kinder. Wer meint, aus ideologischen Gründen an solchen Grundprinzipien rütteln zu müssen, zeigt wenig Verständnis für das, was Eltern und Lehrpersonen täglich leisten.

Auch aus pädagogischer Sicht ist klar: Kinder brauchen Orientierung und geschützte Räume. Lehrpersonen wissen, wie wichtig klare Grenzen und feste Strukturen für die emotionale Sicherheit der Kinder sind. Eine gemeinsame Toilette für Knaben und Mädchen ist das Gegenteil davon – sie schafft Unsicherheit, Scham und Unruhe im Schulalltag. Wer solche Ideen an unseren Primarschulen umsetzen will, stellt politische Symbolik über das Wohl der Kinder.

Opfikon ist nicht Zürich

Die Stadt Zürich hat mit ihren Unisex-Toiletten an Schulen ein Zeichen gesetzt – allerdings eines, das in der Be-

völkerung mehr Kopfschütteln als Zustimmung ausgelöst hat. Opfikon darf diesen Irrweg nicht mitgehen. Unsere

«Bildung ist die Kernaufgabe der Schulen – nicht woke Linkspolitik.»

Stadt steht für Bodenständigkeit, Familiennähe und gesunden Menschenverstand. Wir lassen uns keine linke Stadtpolitik überstülpen, die an der Lebensrealität der Menschen vorbeigeht.

Ein Entscheid für Unisex-Toiletten wäre kein Bauentscheid – er wäre ein gesellschaftliches Signal, das völlig falsch

verstanden würde. Es wäre das Einfallsstor für weitere ideologische Eingriffe in unsere Schulen. Das wird die SVP Opfikon nicht akzeptieren. Wir werden uns mit aller Klarheit dagegen wehren, dass an unseren Primarschulen solche Experimente überhaupt in Betracht gezogen werden.

Klare Priorität: das Wohl der Kinder

Die Diskussion zeigt deutlich: Eltern und Bevölkerung haben genug von Symbolpolitik. Sie wollen Sicherheit, Ordnung und eine Schule, die sich auf ihre Kernaufgabe konzentriert – Bildung. Die SVP Opfikon steht an ihrer Seite. Wir sagen Nein zu Gender-Experimenten, Nein zu ideologischen Spielereien – und Ja zu einer Schule, die Kinder schützt, Werte vermittelt und den gesunden Menschenverstand über politische Modetrends stellt.



Die SVP sagt eindeutig Nein zu Gender-Experimenten in Form von Unisex-Toiletten an Primarschulen.

Bild: Pixabay

KAVALLERIEMUSIK ZÜRICH UND UMGEBUNG

Vereinsauflösung per Ende 2025

Genau 90 Jahre lang gehörte die Kavalleriemusik Zürich und Umgebung zum illustren Bestand der Musikvereine im Kanton Zürich. Mehr als ein Dutzend Mal jährlich trat das traditionelle Korps mit seiner schmucken Uniform an Grossanlässen auf, spielte an Treffen diverser Dragoner-Schwadronen, an Albisgüetli-Tagungen der SVP, an Ratsherrenschissen des Kantons Zürich und auch an Privatfesten. Gerne überbrachte es auch musikalische Blumen in zahlreichen Alterszentren weit herum. Die Liste liese sich beliebig erweitern.

Eduard Hauser
Vizepräsident Kavalleriemusik Zürich und Umgebung
Hombrechtikon

gangsmontur gehörten. Musiziert wird nur in Blechbesetzung (heute Brass Band genannt). Der Grund dafür ist, dass einhändig gespielt werden muss, um mit der anderen Hand das Pferd zu lenken. Eine Klarinette oder ein Saxofon kann nur zweihändig gespielt werden.

Ausbleibender Nachwuchs

Nun, das Problem ist in allen Vereinen hinlänglich bekannt: Der Nachwuchs fehlt! Dieser Tatsache muss ins Auge geblickt werden, ignorieren bringt nichts. Trotz kollegialer Unterstützung vieler

Aushilfsbläser war ein geordneter Spielbetrieb nicht mehr möglich. Verschiedene Umstände führten sogar dazu, dass in letzter Zeit wegen Unterbesetzung kurzfristig Anlässe abgesagt werden mussten.

Präsident Max Binder übernahm 2018, nach seiner politischen Karriere als Illnau-Effretiker Stadtrat, SVP-Kantonsrat und Nationalrat, das Zepter der Kavalleriemusik. Er war selbst Teil der Kavallerie des Schweizer Militärs, bis diese Einheit 1972 abgeschafft wurde. Obwohl er bei seinem Antritt betont hatte, dass er nicht der «Totengräber» der Ka-

valleriemusik sein möchte, musste er den Mitgliedern an der Generalversammlung 2024 die entscheidende Frage stellen. Demütig und schweren Herzens wurde beschlossen, den geschrumpften Verein aufzulösen. Unsere Gönerinnen und Gönner danken wir von ganzem Herzen für ihre treue und grosszügige Unterstützung.

Abschlusskonzert im November

Das 90-Jahre-Jubiläum soll mit einem fulminanten Abschlusskonzert gefeiert werden. Es findet unter der Leitung des Dirigenten Cyrill Oberholzer am Samstag, 15. November 2025, um 14.00 Uhr im Restaurant Rössli, Illnau statt. Interessierte finden weitere Angaben dazu auf der Homepage www.kavalleriemusik.ch.



Die ganze aktuelle Kavalleriemusik im August dieses Jahres.

Bild: zVg

LESERBRIEF

EU-Verträge

Endlich eine positive Meldung aus der Diskussion um die Vertragsentwürfe des EU-Schweiz-Pakets: Die Stimmberchtigten müssen nicht mehr das ganze Abkommen mit über 1000 Seiten lesen. Nein, man muss sich nur ein paar Bestimmungen herauspicken, die jede rote Linie überschreiten, und man weiß, was man im Falle eines Urnenganges abstimmen muss.

Im Kapitel Personenfreizügigkeit (§5d 1) steht «...freien Zugang haben Dienstleistungserbringer unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit». Entstehen Ungleichgewichte bei Massnahmen, kann die EU (§14a 3) «...angemessene Massnahmen ergreifen». Ohne jeden Einfluss sind die Gemeinden bei Niederlassungsgenehmigungen, da die Rechtsakte im Abschnitt §2c lauten: «...insgesamt fünf Jahre lang rechtmässig im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei aufgehalten haben (hier die Schweiz), haben das Recht, sich dort

auf Dauer aufzuhalten». Ergänzt wird dies durch die Bestimmungen zum Familiennachzug, der die direkten Verwandten in auf- und absteigender Linie, Onkel und Tanten sowie Angeheiratete, auch nichteuropäischer Herkunft, einschliesst.

Beim Stromabkommen werden die 7% Reserven unserer Kraftwerke der EU uneingeschränkt zur Verfügung stehen, was unsere Versorgungssicherheit, insb. bei Black-Out-Gefahren, radikal verschlechtert. Vorteile für die Schweiz sollen die Teilnahme an der CO₂-freien Stromproduktion und die geringeren Stromkosten sein. Dabei produziert die Schweiz seit langer Zeit CO₂-freien Strom mit Wasserkraft und Kernkraftwerken und die Kosten liegen unter 30 Rp./KWh, gegenüber über 40 Ct./KWh in Deutschland, der zum Teil mit Braunkohlekraftwerken erzeugt wird.

Wem die erfolgreiche Schweiz am Herzen liegt, der studiert die politischen

Kapitel des EU-Pakets und stellt fest, dass es die basisdemokratischen Erungenenschaften in unserem föderalistischen Staat beenden wird, denn die EU funktioniert «top-down» im Gegensatz zur Schweiz, die «bottom-up» zum Erfolg gekommen ist. Die Konkordanz wird abgeschafft: ein Streitschlichtungsverfahren, das sich seit der alten Eidgeossenschaft bewährt hat.

Im EU-Paket sind Hunderte von Gesetzen und Verordnungen als verbindlicher Bestandteil enthalten, die mitamt den Fussnoten die Seitenzahl auf 20000 hochschnellen lassen – ein Bürokratiemonster, das wir niemals verarbeiten können, da wir gewohnt sind, Gesetze strikte einzuhalten.

Stephan Amacker,
Ehemaliger Präsident Kommission
Energie und Umwelt
SVP Kanton Zürich,
Nefenbach

SVP ZELL

Die SVP-Sektion Zell präsentierte sich volksnah

Unter dem Motto «SVP bi de Lüüt» organisierte die Sektion Zell einen öffentlichen Anlass im Restaurant Linde in Langenhard.

Der bis auf den letzten Platz gefüllte Saal der ländlichen Wirtschaft beherbergte nicht nur bekannte Gäste der ortsansässigen und umliegenden Sektionen, sondern auch viele neue Gesichter, die sich der SVP verbunden fühlen, was nicht zuletzt auch die beiden geladenen Redner, Kantonsrat und Bezirkspräsident Urs Wegmann sowie Nationalrat Martin Hübscher, durchaus freute.

JA zur «Mobilitätsinitiative»

Urs Wegmann eröffnete den Abend und erklärte den Anwesenden die Wichtigkeit der kantonalen «Mobilitätsinitiative», ein Strassengesetz, das den stetigen Ausbau von Tempo-30-Zonen, vor allem in den Städten Winterthur und Zürich, zukünftig verhindern soll, da gemäss Initiativtext solche dauerhaften Temporeduktionen neu «nur in Ausnahmefällen über kurze Strecken» etabliert werden dürfen. Auch wenn die Befürworter solcher Zonen immer wieder argumentieren, dass diese Massnahme den Verkehrslärm dauerhaft reduzieren würde, so verbirgt sich hinter diesem Vorgehen letztendlich nur pure Ideologie, sprich die schrittweise Verdrängung des Autoverkehrs aus den Innenstädten, denn die Vorteile von Tempo-50-Strassen liegen auf der Hand. Die Lebensrettung durch Ambulanz und Feuerwehr, die auch mit Blaulicht die

zulässige Höchstgeschwindigkeit nur bis zu einem gewissen Grad überschreiten können und dürfen, ist dadurch gewährleistet, der ÖV kann weiterhin die Anschlussverbindungen garantieren, und die Wohnquartiere werden vom Ausweichverkehr verschont. Deshalb wirbt Urs Wegmann für ein Ja zur «Mobilitätsinitiative», die nicht zuletzt auch das Leben der Landbevölkerung erleichtert.

Nein zur 24-Millionen-Schweiz

Im Anschluss an die kantonalen Belange berichtete Martin Hübscher mit dem Fokus auf die Herbstsession 2025 aus Bundesbern. Die Mehrheit des Nationalrats lehnte die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» ab und hielt auch die Durchführung einer Debatte nicht für notwendig. Offensichtlich sehen viele Ratsmitglieder keinen Handlungsbedarf und ver einzelte linke Politiker erachten sogar eine 24-Millionen-Schweiz (!) für realistisch sowie lebenswert.

Dabei macht sich die Dichteproblematik schon heute bemerkbar: Die Strassen- und ÖV-Infrastruktur ist am Anschlag und die Wohnungsnot in Ballungszentren verschlimmert sich zusehends. Jedes Jahr erhöht sich unsere Bevölkerungszahl durch die Zuwanderung um 80 000 Menschen – dies entspricht der zweieinhalb fachen Einwoh-



Nationalrat Martin Hübscher berichtete über die Geschehnisse der vergangenen Session. Bild: zVg

nerzahl der Stadt Frauenfeld. Martin Hübscher möchte die Entstehung eines Stadtstaats um jeden Preis verhindern, wobei ein Ja zu dieser nationalen Initiative ein guter Anfang ist.

Die SVP-Sektion Zell bedankt sich bei allen Teilnehmern für den geselligen Abend sowie für den interessanten Austausch zwischen SVP-Mitgliedern und politaffinen Teilen der Bevölkerung.

Kevin Kübler,
Vorstand SVP Bezirk Winterthur

PODIUM ZUR VERKEHRSPOLITIK

Zukunft der Schweizer Mobilitätspolitik – miteinander oder gegeneinander?

Am 30. November stimmen wir über eine richtungsweisende Vorlage ab. Deshalb wird schon früh der Abstimmungskampf mit Podien und Informationsveranstaltungen lanciert. Den Reigen startet ein Podium von auto-schweiz in Zusammenarbeit mit dem TCS, ACS und den bürgerlichen Parteien.

Als Keynote Speaker war kein geringerer als Verkehrsminister Albert Rösti geladen. Er brachte einmal mehr präzise die Herausforderungen der Mobilität auf den Punkt. Nicht nur der Kampf um die Mittel, sondern auch das sich gegenseitige Ausspielen der verschiedenen Verkehrsträger scheint ihm nicht sehr zielführend und lösungsorientiert zu sein.

Wie gegensätzlich die Welten tatsächlich sind, konnte man im anschliessenden Podium gleich selber erleben. Da lobten die Damen Simone Brander (Stadträtin Zürich, SP) und Marionna Schlatter (Nationalrätin, Grüne) den öffentlichen Verkehr und Fussverkehr in den Himmel, vergessen aber, dass auch ihre Bio-Hafermilch mit dem Lastwagen und die Fairtrade-Avocados mit dem Flugzeug angeliefert werden. Und dass ein Teil der arbeitenden Bevölkerung schlicht

auf ein Auto angewiesen ist, um dem Beruf überhaupt nachgehen zu können, scheint jenseits des Vorstellungsvermögens der Damen zu sein.

Mögliche Lösungen vermochten auch Mitte-Kantonsrätin Tina Deplazes und FDP-Gemeinderätin Pérparim Avdili nicht überzeugend anzubieten. Einzig SVP-Nationalrat und Stadt-Urgestein Mauro Tuena nannte wie immer das Kind beim Namen. Er konnte der Stadträtin Brander mit ihrer absolut wirtschaftsschädigenden Politik Beispiel um Beispiel ihrer irren Verkehrspolitik nennen, sodass die sonst routinierte Rednerin sich hinter Floskeln verstecken musste.

Die Mobilitätsinitiative erhielt leider etwas wenig Plattform – aber es sollte eigentlich jedem klar sein, dass ohne funktionierendes Strassennetz und ohne die Einhaltung der verfassungsmässig gegebenen Strassenhierarchie die Lebens-

qualität weiter sinkt, die Wirtschaft massiv geschädigt wird sowie der Umwelt mit steigenden Stauzeiten zusätzlicher Schaden zugefügt wird.

Dass die Notfallorganisationen ihren gesetzlich festgelegten Auftrag nicht erfüllen können, ist das eine. Viel schlimmer wiegt die Tatsache, dass durch die ständigen Temporeduktionen schlank und einfach Menschenleben aufs Spiel gesetzt wird – ganz einfach, weil die Zeit an den Einsatzort und allenfalls weiter zu einem Spital erheblich verlängert werden. Das dürfen wir nicht länger tolerieren. Vielleicht ist Ihr Haus das nächste, das abbrennt, Ihr Kind das nächste, das im Krankenwagen im Stau stecken bleibt. Es gibt deshalb nur ein Ja zur Mobilitätsinitiative.

Romaine Rogenmoser,
Kantonsrätin SVP, Bülach

ZU DER SCHANDE VON BERN

Linksextremismus ist die grösste Gefahr als Rechtsextremismus

Am 11. Oktober 2025 eskalierte die unbewilligte Pro-Palästina-Demo in Bern total. Es gab hohen Sachschaden und verletzte Polizisten. Linksradikale Aktivisten stehen in der Schweiz zunehmend im Fokus.



Andi Widmer
Präsident SVP
Laufen-Uhwiesen
Laufen-Uhwiesen

ten seit Jahren deutlich (etwa Faktor 10) mehr linksextreme als rechtsextreme Straftaten! Zu den häufigsten Delikten zählen Sachbeschädigungen, Verstöße gegen das Sprengstoffgesetz und Gewalt gegen Behörden. In der Politik sorgt das Thema immer wieder für Diskussionen. Kritiker aus bürgerlichen Kreisen werfen linken Parteien zu Recht vor, sich bei Ausschreitungen spät oder nur halbherzig zu distanzieren. Andere Stimmen betonen, dass viele Demonstrationen friedlich verlaufen und Eskalationen häufig auf das Zusammenspiel von Demonstrierenden und Polizei zurückzuführen seien. Dies stimmt allerdings in den meisten Fällen nicht, denn die Demonstranten bereiten sich gezielt auf Sachbeschädigungen und Angriffe vor.

Herausforderungen für Polizei und Justiz

Die Polizei steht bei der Verfolgung links-extremer Straftaten vor erheblichen Herausforderungen. Vermummung, flexible Strukturen und spontane Aktionen erschweren gezielte Festnahmen. Gleichzeitig müssen Einsatzkräfte weitere Sachbeschädigungen verhindern und die öffentliche Sicherheit gewährleisten. Die Polizei sollte personell aufgestockt werden. Eine gute Koordination zwischen den Kantonen, der Einsatz spezialisierter Ermittlungsgruppen sowie eine konsequenter Strafverfolgung steht ebenso im Raum. Nur so lässt sich die zunehmende Gewaltbereitschaft einzelner Gruppen wirksam einämmern.

Zwischen politischem Protest und Radikalisierung

Die Grenzen zwischen legitimem Protest und politischem Extremismus bleiben oft fließend. Während viele Aktivisten friedlich für soziale Gerechtigkeit oder gegen Kapitalismus demonstrieren, nutzen radikale Gruppen gezielt Konfrontation und Gewalt als Mittel der politischen Botschaft. Für Sicherheitsbehörden bleibt die Herausforderung bestehen, differenziert zu handeln – ohne die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einzuschränken, aber gleichzeitig entschlossen gegen kriminelle Handlungen vorzugehen.

Vielen herzlichen Dank an allen Einsatzkräften, welche für die Sicherheit in unserer Gesellschaft tagtäglich im Dienst sind.



v.l.n.r.: Moderator Zeno Geisseler (Redaktor NZZ); NR Marionna Schlatter (Grüne); NR Mauro Tuena (SVP); BR Albert Rösti (SVP); KR Tina Deplazes (FDP); Stadträtin Simone Brander (SP); Peter Grünenfelder (Präsident auto-schweiz).

Bild: auto-schweiz

SVP DIGITAL



Teleblocher

Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.



In den Sümpfen von Bern

Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.



Weltwoche daily

Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.



SVP des Kantons Zürich

Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!



Wortwächsel

Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach

Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach

Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf

Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant Altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil

Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa

Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss <https://event.evagic.com/svp-uster>.

Stadt Winterthur

Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen

Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6

Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamedingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich

Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten

Dienstag, 4. November 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Nationalrat Mauro Tuena und Kantonsrat Ueli Pfister.

Mittwoch, 26. November 2025, 15.00 – 20.00 Uhr, Chlaustreffen, Zentrum Burgwies, Bonstetten.

Bezirk Andelfingen/Stammheim

Donnerstag, 30. Oktober 2025, 19.00 Uhr, Abstimmungspodium, Restaurant Schwert, Hauptstrasse 7, Oberstammheim, mit Nationalrätin Therese Schläpfer und Kantonsrat Paul Mayer. Anschliessend Apéro.

Bezirk Dielsdorf/Boppelsen

Samstag, 18. Oktober 2025, 18.00 Uhr, Raclette-Abend, Mehrzweckraum Wohnen im Alter, Alte Bucherstrasse 14, Boppelsen.

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt

Donnerstag, 6. November 2025, 19.30 Uhr, Infoabend zum Thema «Illegal Sprayerien», Singsaal Eichi, Grafenstrasse 55, Niederglatt.

Bezirk Dielsdorf/Steinmaur

Donnerstag, 27. November 2025, 19.30 Uhr, Infoanlass zum Rahmenabkommen, Restau-

rant Kreuz, Bachserstrasse 7, Steinmaur, mit den Nationalräten Gregor Rutz und Barbara Steinemann sowie Kantonsrat Urs Wegmann.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf

Mittwoch, 19. November 2025, 19.30 Uhr, Infoanlass zum Rahmenabkommen, Restaurant Brüelmatt, Dorfstrasse 10, Birmensdorf, mit den Nationalräten Barbara Steinemann, Gregor Rutz und Martin Haab.

Bezirk Dietikon/Geroldswil

Montag, 27. Oktober 2025, 18.30 Uhr, Polit-Talk, Gemeindesaal, Huebwiesenstrasse 36, Geroldswil, mit Nationalrat Mauro Tuena und Alt Nationalrat Roger Köppel. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp.ch/termine.

Bezirk Dietikon/Urdorf

Mittwoch, 19. November 2025, 18.00 Uhr, Politanlass, Embrisaal, Im Embri 8, Urdorf, mit Nationalrat Benjamin Fischer sowie den Kantonsräten Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich, und Roger Schmidinger.

Bezirk Hinwil/Gossau

Sonntag, 19. Oktober 2025, 10.00 Uhr, Führung durch das Unterdorf, Treffpunkt Kreisel Mönchaltorferstrasse/Leerütistrasse, Gossau. Anschliessend Festwirtschaft bis 16.00 Uhr.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon

Freitag, 24. Oktober 2025, 18.30 Uhr, SVP-Jassturnier, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 19, Pfäffikon. Kosten: 25 Franken. Anmeldung bis 19. Oktober 2025 unter www.svp-pfaeffikon.ch.

Bezirk Winterthur/Elsau

Dienstag, 21. Oktober 2025, 20.00 Uhr, Politanlass, Bowlinghalle BeSeCo, Rümikerstrasse 5A, Elsau, mit Nationalrat Martin Hübscher und Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionspräsident.

Stadt Winterthur

Mittwoch, 19. November 2025, bis Sonntag, 23. November 2025, SVP-Stand an der Wintimäss, Eulachhallen, Wartstrasse 73, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 1 und 2

Montag, 20. Oktober 2025, 19.00 Uhr, Abstimmungspodium, Zentrum Glockenhof, Sihlstrasse 33, Zürich, mit Nationalrat Mauro Tuena sowie den Kantonsräten Ueli Pfister und Stefan Schmid. Anschliessend Apéro.

Stadt Zürich/Kreis 10

Samstag, 25. Oktober 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbergbühlweg, Zürich-Höngg.

IMPRESSUM

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). Jahresabonnement Online: Fr. 65.– inkl. 2,6% MWST. Redaktion: ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33.

Insertionspreise: www.zbv.ch/zuercher-bauer. Abonnementsdienst: Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhart Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. Inseratenschluss: Mittwoch, 12.00 Uhr.

Veranstaltungsmeldungen: veranstaltungen@svp-zuerich.ch. Layout: Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Der Bundesrat sucht einen/eine Richter/-in am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Bundesamt für Justiz BJ

Strassburg, Frankreich | 100%

Diesen Beitrag können Sie leisten

- Als Richter/-in sind Sie am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg tätig
- Die Zulässigkeit und Begründtheit von Beschwerden in den Spruchkörnern des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (Einzelrichterbesetzung, Komitee, Kammer, Grosse Kammer) beurteilen

Das macht Sie einzigartig

- Hohes sittliches Ansehen
- Erfüllung der für die Ausübung hoher richterlicher Ämter erforderlichen Voraussetzungen oder Rechtsgelehrte/Rechtsgelehrte von anerkanntem Ruf
- Umfassende richterliche, akademische oder andere vergleichbare juristische Erfahrung mit Schwerpunkt auf den Menschenrechten
- Fundierte Kenntnisse der schweizerischen Rechtsordnung
- Aktive Beherrschung einer der zwei Amtssprachen am Gerichtshof (Englisch, Französisch) sowie passive Kenntnisse der anderen
- Keine Ausübung von Tätigkeiten, die mit der Unabhängigkeit, der Unparteilichkeit oder mit den Erfordernissen der Vollzeitbeschäftigung unvereinbar sind

Eintrittsdatum	09.02.2027
Anstellungart	befristet
Amtsdauer:	9 Jahre
Referenz-Nr.	402-16254
Arbeitsort	Strassburg, Frankreich

Fragen zur Stelle
Xavier-Baptiste Ruedin
Chef IMRS / Agent du Gouvernement
+41 58 46 42802

Fragen zur Stelle
Adrian Scheidegger
Stv. Chef IMRS / Stv. Agent du Gouvernement
+41 58 46 24790

Onlinebewerbung unter
www.stelle.admin.ch, Ref. Code 402-16254

Auf den Punkt gebracht

Der amtierende Schweizer Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wird am 8. Februar 2027 infolge Ablaufs der Amtszeit aus seinem Amt ausscheiden. Die Nachfolge wird im Herbst 2026 von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats aus einer von der Schweiz vorgeschlagenen Liste von drei Kandidatinnen und Kandidaten gewählt. Die Liste muss Personen beiderlei Geschlechts enthalten.

Aufgabe des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ist es, die Einhaltung der Verpflichtungen, welche die Vertragsstaaten der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten übernommen haben, sicherzustellen.

Zusätzliche Informationen
Das Auswahlverfahren wird vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement und vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten gemeinsam geleitet und bezieht die Schweizer Parlamentarierdelegation beim Europarat sowie die Gerichtskommission der Bundesversammlung aktiv ein.

Die von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates nicht gewählten Kandidatinnen oder Kandidaten können angefragt werden, ob sie sich gemäss Artikel 26 Absatz 4 EMRK als Richterinnen oder Richter *ad hoc* zur Verfügung stellen wollen.

Die Amtszeit einer gewählten Richterin / eines gewählten Richters beträgt neun Jahre; eine Wiederwahl ist nicht möglich. Die Kandidatinnen und Kandidaten dürfen aufgrund der Altersbeschränkung am 10. August 2026 (Frist für die Einreichung der Liste der Kandidatinnen und Kandidaten), das 65. Lebensjahr nicht vollendet haben.

Die Richterinnen und Richter werden vom Europarat bezahlt. Es besteht zudem die Pflicht zur Wohnsitznahme in Strassburg, dem Sitz des Gerichtshofs.

Die Frist für Bewerbungen läuft bis zum 31. Oktober 2025.

Weitere interessante Stellenangebote der Bundesverwaltung finden Sie unter www.stelle.admin.ch

Einladung zum

Polit-Lunch



SVP des Bezirks Andelfingen - Wir machen Politik für Weinland.